



OSTWESTFALENLIPPE  
MARKETING GMBH



IHK  
Industrie- und Handelskammer  
OstWestfalen zu Bielefeld



IHK  
Industrie- und Handelskammer  
Lippe zu Detmold

## **Ausschreibung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Mitwirkung von Regionen beim Bürokratieabbau**

### **Ergebnisprotokoll zur Arbeitstagung am 2. Juni 2005** **im Haus der Technik, Bielefeld**



Teilnehmer: siehe anliegende Teilnehmerliste

#### **1. Begrüßung**

Herr Heinrich begrüßt die Anwesenden und erläutert Zielsetzung und Ablauf der Arbeitstagung.

#### **2. Kurzberichte aus den Regionen und Erfahrungsaustausch**

Die Teilnehmer berichten über Maßnahmen zum Bürokratieabbau, die Beteiligten und die Form der Zusammenarbeit sowie den aktuellen Stand der Entwicklung von Vorschlägen für die Ausschreibung des BMWA. In den meisten Regionen ist die Beteiligung an der Ausschreibung eingebettet in umfangreichere Projekte zum Bürokratieabbau, die auch Maßnahmen auf Landesebene und in der Region selbst beinhalten. Überwiegend sind Gremien oder Arbeitskreise mit Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und tlw. gesellschaftlichen Gruppierungen in die Gestaltung eingebunden. Während einige Regionen erst am Anfang stehen, sind andere bereits seit einigen Jahren in dem Themenbereich aktiv. Bei der Ermittlung der Vorschläge sind Praktiker aus Wirtschaft und Verwaltung beteiligt. Dabei wird teilweise auf Anregungen zurückgegriffen, die bereits an die Bundesregierung weitergeleitet, aber bisher nicht aufgegriffen wurden.

Herr Frick erläutert, dass die Bertelsmann Stiftung sich an der neuen Ausschreibung nicht beteiligen wird. Die Stiftung hat ein Interesse an dem „lernenden Gesetzgebungsverfahren“ in Modellregionen, das im Rahmen der Ausschreibung nicht vorgesehen ist. Sie wird sich jedoch weiterhin mit dem Thema Bürokratieabbau befassen. Es ist ein neues Projekt entwickelt worden, in dessen Rahmen Regierungen beim Bürokratieabbau beraten werden. Das Ausprobieren von Gesetzesänderungen in Modellregionen ist ein Teil des Programms.

Herr Dr. Haug berichtet, dass das „Gesetz zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus Regionen“ im Mai vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden ist. Eine Übersicht über die Umsetzung der Vorschläge aus den Regionen liegt als Tischvorlage vor. An der zweiten Runde werden sich 28 Regionen beteiligen. Die Regionen sollen ihre Vorschläge bis zum 31. Juli vorlegen. Eine Fristverlängerung aufgrund der bevorstehenden Neuwahl des Bundestags ist nicht vorgesehen. Falls einzelne Vorschläge nicht fristgerecht fertiggestellt bzw. in der Region abgestimmt sind, soll eine vorläufige Fassung eingereicht und die endgültige bis Ende August nachgereicht werden. Nach der Sommerpause beginnt die Abstimmung mit den Ressorts und die Vorbereitung eines Gesetzentwurfs. In einem Gespräch zwischen Minister Clement, dem DIHK-Präsidenten Braun und Vertretern der Kammern der drei Testregionen wurde nochmals der Einsatz des lernenden Gesetzgebungsverfahrens in Innovationsregionen diskutiert. In diesem Zusammenhang hat Herr

Clement deutlich gemacht, dass er den Bürokratieabbau weiter vorantreiben, aber nicht mit dem Instrument „Innovationsregionen“ arbeiten will. Der Einsatz dieses Instrumentes ist laut Aussagen Herrn Dr. Haugs selbst bei einem Regierungswechsel fraglich, da EU- und verfassungsrechtliche Bedenken bestehen.

Aus der anschließenden Diskussion sind folgende Ergebnisse festzuhalten:

- Die Einhaltung des Zeitplans (Einreichen der Vorschläge bis zum 31. Juli) wird befürwortet.
- Neben der Umsetzung von Vorschlägen im ganzen Bundesgebiet sollte auch das Instrument „Innovationsregionen“ genutzt werden. Es macht Sinn, Änderungen auszuprobieren, wenn ihre Wirkungen unklar sind. Man sollte dieses Thema mit Mut und Experimentierfreude angehen und nicht alles flächendeckend und endgültig regeln wollen.

### **3. Austausch und Zusammenarbeit der Regionen**

Nach der Mittagspause wird diskutiert, wie die Regionen koordiniert und effektiv vorgehen können, damit eine Vielzahl von Vorschlägen auch umgesetzt werden. Dabei werden folgende Vereinbarungen getroffen:

#### **Inhaltliche Schwerpunktsetzung bei der Entwicklung der Vorschläge**

- Es erfolgt grundsätzlich keine inhaltliche Schwerpunktsetzung der Regionen.
- Einige Regionen haben zwar einen Fokus auf besondere Themen gesetzt, überwiegend bilden die Vorschläge jedoch ein breites inhaltliches Spektrum ab.
- Wenn alle Vorschläge auf dem Tisch liegen, soll eine Gliederung nach Themenfeldern erfolgen, wie sei etwa der DIHK für seine Vorschläge verwendet hat.

#### **Workshops mit Fokusgruppen**

- Wenn Regionen zu bestimmten Themen Workshops mit Fokusgruppen durchführen, sollen sie die anderen Regionen darüber informieren und ihnen die Gelegenheit zur Teilnahme geben.
- Am 22. Juni organisiert die IHK Potsdam einen Workshop zu Optimierungen im Umweltrecht. Ansprechpartner ist Herr Dr. Birk.

#### **Austausch der Regionen**

- Mit dem Protokoll soll eine Liste mit den Kontaktdaten der Teilnehmer verschickt werden, um einen informellen Austausch zu ermöglichen.
- Als Informationsmedium soll auf der Internetseite der OWL Marketing GmbH ([www.ostwestfalen-lippe.de](http://www.ostwestfalen-lippe.de)) eine Seite eingerichtet werden, auf der Hinweise zu den Aktivitäten der einzelnen Regionen (z. B. Themenschwerpunkte, aktueller Stand, Workshops mit Fokusgruppen, Veranstaltungen), Ansprechpartner und Links zusammengestellt werden. Die Regionen sollen die Informationen, die sie auf der Seite veröffentlichen möchten, an die OWL Marketing GmbH schicken (E-Mail: [w.marquardt@ostwestfalen-lippe.de](mailto:w.marquardt@ostwestfalen-lippe.de)).
- Nach Fertigstellung der Vorschläge sollen sich die Regionen die Vorschläge gegenseitig zur Kenntnis geben. Sie können auf der o.g. Internetseite eingestellt werden.
- Es ist nicht problematisch, wenn einige Vorschläge von mehreren Regionen eingereicht werden. Mehrfachnennungen stärken das Gewicht der Vorschläge und führen zu einer Rangfolge.

### **Gemeinsame Übergabe der Vorschläge in Berlin**

- Eine gemeinsame Übergabe der Vorschläge bei Bundeswirtschaftsminister Clement soll nicht stattfinden. Die überregionale Medienwirkung einer gemeinsamen Aktion wäre vermutlich gering.
- Die Regionen werden die Presse im Rahmen ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit informieren.
- Evtl. ergibt sich im Zuge des Bundestagswahlkampfes in einigen Regionen die Möglichkeit, die Vorschläge Minister Clement persönlich zu übergeben.
- Falls eine Idee für eine Aktion nach dem Muster „Bürgermeister im Schwimmbad“ geboren wird, sollte darüber ein Meinungsaustausch erfolgen.

### **Beteiligung der Regionen bei der Umsetzung**

- Bei der Prüfung und Entscheidung über die Umsetzung der einzelnen Vorschläge sollen die Regionen beteiligt werden. Sie können wichtige Hinweise aus der Praxis über Probleme und Lösungsmöglichkeiten geben.
- Herr Dr. Haug wird Vertreter der Regionen in die Gespräche zwischen Wirtschaftsministerium und den Fachressorts einbeziehen. Er wird die Regionen über bevorstehende Gespräche und Themen informieren und ihnen die Teilnahme anbieten.

### **Gemeinsames Vorgehen zur Erhöhung der Erfolgsaussichten bei der Umsetzung**

- Die Regionen werden die Vorschläge in ihrer Region verbreiten.
- Insbesondere sollen die MdBs für das Projekt gewonnen werden, um die Vorschläge in Berlin zu unterstützen.

## **4. Weiteres Verfahren**

Das nächste Treffen der Regionen soll nach der Bundestagswahl wiederum in Bielefeld stattfinden.

Für das Protokoll:

gez.

Wolfgang Marquardt  
OWL Marketing GmbH

Bielefeld, 7. Juni 2005